

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Christopher Vogt, MdL**  
*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 145/2016  
Kiel, Donnerstag, 21. April 2016

Justiz/Ausweisung als Nebenstrafe

## Wolfgang Kubicki: Ministerin Spoorendonk verabschiedet sich als ernstzunehmende Gesprächspartnerin

Zu Äußerungen von Justizministerin Anke Spoorendonk zum Antrag der FDP-Fraktion, Drs. 18/4071 („Ausweisung als Nebenstrafe“), erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„An den aktuellen Äußerungen von Justizministerin Anke Spoorendonk in den ‚Lübecker Nachrichten‘ kann man einmal mehr erkennen, dass diese Ministerin ohne Fachkenntnis ein Ressort leitet. Wer eine Versachlichung der Debatte fordert, gleichzeitig aber mit völlig unsinnigen Unterstellungen arbeitet, verabschiedet sich als ernstzunehmender Gesprächspartner.“

Anders als die Justizministerin behauptet, geht es bei dem Antrag der FDP-Fraktion nicht um eine Verschärfung des Ausweisungsrechts, sondern um eine Verlagerung der Entscheidungsbefugnis über den Entzug oder die Versagung eines Aufenthaltstitels. Der Strafrichter, der wegen fehlender günstiger Sozialprognose ein Urteil ohne Bewährung verhängt, ist sachnäher als eine nach Abschluss des Verfahrens mit der Sache erneut zu befassende Verwaltungsbehörde.

Im Übrigen hat der Entzug des Aufenthaltstitels mit einer Abschiebung selbst überhaupt nichts zu tun, sondern schafft nur deren Voraussetzung – was die Ministerin eigentlich wissen müsste.

Die Europa- und Kulturministerin Spoorendonk wäre gut beraten, wenn sie gelegentlich die Weisheit beherzigen würde ‚Si tacuisses, philosophus mansisses‘.“